



Presseinformation

Nr. 359/2001

Kiel, 17. Oktober 2001

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Gentechnik/Stammzellenforschung

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Christel Happach-Kasan, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christel Aschmoneit-Lücke, MdL

Joachim Behm, MdL

Dr. Heiner Garg, MdL

Günther Hildebrand, MdL

Ekkehard Klug: „Stammzellenforschung darf nicht länger blockiert werden“

In seinem Debattenbeitrag zu **TOP 24** (Stammzellenforschung) sagte der wissenschaftspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Vor drei Monaten hat die Mehrheit des Landtages - gegen das Votum der FDP-Fraktion und von vier SPD-Abgeordneten - eine Denkpause in Sachen Stammzellenforschung gefordert.

Sollte damit etwa eine Pause **beim** Nachdenken gemeint gewesen sein oder eine Pause **zum** Nachdenken über dieses Thema?

Zugunsten der Landtagsmehrheit möchten wir - wohlwollend wie immer - davon ausgehen, dass die verehrten Kolleginnen und Kollegen ihre beachtlichen Kapazitäten zum Nachdenken in den letzten Monaten nicht auf Null heruntergeschraubt haben.

Deshalb legen wir Ihnen heute wieder einen Entschließungsantrag zum Thema „Stammzellenforschung“ vor - in der Hoffnung, dass Ihnen in der Zwischenzeit manches zu Denken gegeben hat.

Die SPD hatte beispielsweise Anlass, darüber nachzudenken, dass der gemeinsame Antrag, den die Sozialdemokraten im Juli mit der CDU-Fraktion, den Grünen und dem SSW verabschiedet hat, in weiten Teilen wortgleich einem Antrag entspricht, den die CDU-Fraktion im Düsseldorfer Landtag im Juni gegen die Gentechnik-Politik von Ministerpräsident Wolfgang Clement eingebracht hatte.

Im Landtag von Nordrhein-Westfalen hat die SPD diesen Text jedenfalls nicht mit beschlossen. Vielleicht sind die Sozialdemokraten heute ja auch in Schleswig-Holstein in der Lage, eine offenere Position zum Thema Gentechnik / Stammzellenforschung zu beziehen.

Die Zeit drängt. Bis Dezember hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft ihre Förderentscheidungen in diesem Forschungsbereich zurückgestellt, um eine politische Klärung des Themas abzuwarten.

Christian Albrecht, *Pressesprecher, V.i.S.d.P., FDP Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431/9881488 Telefax: 0431/9881497, E-Mail: fraktion@fdp-sh.de, Internet: <http://www.fdp-sh.de/>*

www.fdp-sh.de

Im Interesse der deutschen – und auch der schleswig-holsteinischen – Forschung darf diese Angelegenheit nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden.

Die mögliche Abwanderung kompetenter Forscher ist eine reale Gefahr für unseren Wissenschaftsstandort.

Wollen die Skeptiker in Sachen Stammzellenforschung tatsächlich das Risiko eingehen, dass andere Staaten uns in diesem Bereich den Rang ablaufen?

Wollen sie dann etwa auch die Nutzung von Forschungsergebnissen für neue medizinische Heilverfahren in Zukunft in unserem Land verbieten?

Die „Frankfurter Rundschau“ (14. August 2001) hat kürzlich darauf hingewiesen, dass bereits seit den 60er Jahren aus abgetriebenen Embryonen spezielle Zelllinien gewonnen werden, um beispielsweise Impfstoffe gegen Röteln herzustellen. Wer die Forschung mit embryonalen Stammzellen ablehnt, der müsste eigentlich konsequenterweise auch dies ablehnen - unter Inkaufnahme der damit verbundenen Konsequenzen.

Kinder, die im Mutterleib mit dem Röteln-Virus infiziert werden, können dadurch schwere und dauerhafte Herz- oder Hirnschäden erleiden.

Peter Glotz hat am 11. Juni im SPIEGEL die Frage gestellt, ob es wirklich unvernünftig sei, „... 134.600 Tötungen von eingenisteten Embryos (im Jahre 2000) zu akzeptieren, gleichzeitig aber die streng kontrollierte Verwendung einiger hundert nicht eingenisteter Embryos zum Zweck hochrangiger Forschung zum Schritt über den Rubikon zu erklären, also als rechtswidrige Tötung menschlichen Lebens zu behandeln“.

Schleswig-Holstein hat gerade in der medizinischen Gentechnik gute Voraussetzungen für Forschung und Lehre. Ministerpräsidentin Heide Simonis hat vor wenigen Tagen am Kieler Uni-Klinikum den ersten Spatenstich für ein modernes Zentrum für Knochenmark- und Stammzellentransplantation vollzogen. An der Medizinischen Universität Lübeck ist der neue Studiengang Biotechnologie mit der Rekordzahl von 206 Studienanfängern in das jetzt beginnende Wintersemester gestartet.

Falls unseren Hochschulen aufgrund politischer Vorgaben verboten würde, sich an neuen Forschungsansätzen in diesen Wissenschaftsgebieten zu beteiligen, wäre dies gerade für unser Land ein schwerer Verlust.

Um so mehr begrüßen wir es, wenn auch in gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen, die bislang der Weiterentwicklung und Anwendung der Gentechnik reserviert gegenüberstanden, ein Umdenken einsetzt.

So hat der frühere Lübecker Bischof Karl Ludwig Kohlwege - wie am 6. Oktober in den „Lübecker Nachrichten“ zu lesen war - zum Einsatz der Präimplantationsdiagnostik (PID) erklärt: Wenn „schwer belastete Eltern nach schlimmen Erfahrungen“ die Präimplantationsdiagnostik wollten, „fühle ich mich nicht in der Lage, ihnen diese Methode zu verbieten“.

Wir Liberale appellieren an den Landtag, ein Signal zu setzen:

- für eine ethisch begründete und vertretbare medizinische Forschung, die Menschen hilft, schweres Leid zu vermeiden oder zu überwinden;
- für eine Forschungs- und Wissenschaftspolitik, die unser Land nicht in Rückstand fallen lässt.“